

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Ausgabe

Nr. 20

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 18. Mai 1928.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloerwall 9. Telefonnr. West 51546. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

29. Jahrg.

Die Tat.

Was sollen Worte ohne Taten?
Sind fade Torheit, wie der Schatten,
Der ohne Körper will bestehen.

Die Worte mach zum Fundamente,
Darauf du bald das Werk der Hände
Und deines Willens stolz läßt sehn!

Georg Nowotnick.

Konzernbildung und Wirtschaftsdemokratie.

Von Dr. Emil van den Boom-M. Gladbach.

Über der Wirtschaftskonzentration der Nachkriegszeit, die namentlich in einer weitgreifenden Konzernbildung in die Erscheinung tritt, hat vornehmlich, soweit die letztere in Betracht kommt, bisher ein ziemlich dichter Schleier gelegen. Das hängt mit zweierlei zusammen. Die Inflation, in der die Konzernbildung einen ganz besonderen Umfang annahm, war selbst ein solcher Schleier, der einen klaren Einblick verwehrte in die Vorgänge des wirtschaftlichen Geschehens. Sodann waren die Wirtschaftskreise, in deren Händen die Konzernbildung liegt, selbst vielfach ängstlich bemüht, sich nicht in die Karten blicken zu lassen. Demgegenüber hat sich nenerdings auch in diesen Kreisen das Verständnis für eine größere Wirtschaftspublizität stärker durchgesetzt. Zwar sind, was nicht verkannt werden soll, die Widerstände dagegen noch beträchtlich. Aber die Leiter der Wirtschaftsverbände und die Führer der großen Konzerne erkennen auf Grund der amerikanischen Erfahrungen doch an, daß es für die Wirtschaft selbst nützlich ist, mehr mit offenen Karten zu spielen, daß die alte Geheimnistuerei ein Krämer-Standpunkt ist, der nicht mehr in die heutige Struktur der Wirtschaft hineinpaßt. Wenn auch wir dafür eintreten, daß die Wirtschaft sowohl in ihrer Gesamtheit als namentlich in ihren großen Einzelunternehmungen mehr durchleuchtet wird, dann soll das kein neugieriges Durchschnüffeln bedeuten, sondern die zeitweise Feststellung bestimmter Tatsachen hinsichtlich Erzeugung und Absatz, Preise und Löhne, Kapitalien und Kredite, Verluste und Gewinne, um so die Bewegungsrichtungen in der Wirtschaft ausfindig zu machen und es ihr selbst zu ermöglichen, sich rechtzeitig und entsprechend auf diese einzustellen. Ein wertvolles Mittel zu dieser Durchleuchtung ist die amtliche Statistik.

Einen ersten tieferen Einblick in die Konzernbildung bietet nun die Wirtschaftsenquete. Im ersten Unterausschuß, der sich mit der Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsstruktur seit der Vorkriegszeit zu befassen hat, bearbeitete die dritte Arbeitsgruppe die „Wandlungen in den wirtschaftlichen Organisationsformen“. Darüber wird in einem eben erschienenen ersten Band berichtet, in dem von besonderem Interesse sind die Sachverständigen-Vernehmungen über die Konzernbildung. An der Hand einer kritischen Untersuchung der größten Konzerne (in der Eisenindustrie, in der elektrotechnischen Industrie, in der Linoleumindustrie und aus dem Bereich der Warenhäuser) und durch eingehende Befragung ihrer Leiter wurden namentlich die Fragen des Aufbaues und der Verwaltung der Dividenden-Politik und der Publizität eingehend erörtert. So äußerte sich z. B. über die Beweggründe der Konzernbildung der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke A.-G., Dr. Bögl, Dortmund: „Die Tatsache, daß keine der Unternehmungen in der Lage war, ihre Schulden abzuerbieten, bis auf wenige Ausnahmen, war wohl in der Hauptsache der Grund unseres Zusammenschlusses. Denn den Werken ging es — immer das eine oder andere ausgenommen — so schlecht, daß die Überzeugung bestand: Aus eigener Kraft ist nicht wieder hochzukommen. Die Grundlage des Zusammenschlusses war ohne Frage der Versuch, durch

die dann mögliche Rationalisierung technischer, wirtschaftlicher, organisatorischer Art den Gewinn wieder so weit zu bringen, daß die Unternehmungen existenzfähig blieben. Ich übertreibe gar nicht, wenn ich sage, daß ohne den Zusammenschluß die Hälfte der in den Vereinigten Stahlwerken zusammengeschlossenen Unternehmungen in wenigen Monaten vor Kapitalzusammenlegungen gestanden hätte. Mit Kapitalzusammenlegungen kann man wohl einen Verlust ausmerzen, aber nicht die Rente erhöhen. Nach kurzer Zeit würde sich das selbe wiederholen haben. Die Tatsache, daß wir dann zusammengingen und daß wir die Produktion bei den Stahlwerken, z. B. von 12 oder 14 Stahlwerken auf vier große Gruppen konzentrieren konnten, hat uns zu einem solchen Erfolge geführt, daß wir schon nach wenigen Monaten mit einer wesentlichen Verbilligung der Selbstkosten rechnen konnten. Die Erfolge der Rationalisierung nach einem Jahr voll auszuwerten, ist natürlich unmöglich; dazu ist bei einem solchen Riesenunternehmen eine viel längere Zeit erforderlich. Aber die Grundlage war doch so gesund, daß ich glaube: Wenn wir heute rückblickend den ganzen Werdepotezial übersehen und vor die Frage gestellt werden, ob wir es noch einmal ebenso machen würden, dann würde keiner eine verneinende Antwort geben. Es hat sich gezeigt, daß auch die Vorteile auf allen Seiten liegen.“

Für die Zukunft des Konzentrationsprozesses innerhalb der deutschen Wirtschaft sind namentlich bedeutsam die Äußerungen der Sachverständigen über die Frage: „Interessengemeinschaft oder Fusion“. Es ergibt sich hier eine fast restlose Übereinstimmung aller Bank- und Industrievertreter darüber, daß die Fusion der Interessengemeinschaft vorzuziehen sei. So äußerte sich z. B. der Vorsitzende des Aufsichtsrates des vorgenannten Groß-Konzerns, Dr. Fritz Thyssen: „Bei Gründung der Vereinigten Stahlwerke haben auch wir die Frage der Errichtung einer Interessengemeinschaft geprüft. Wir haben alle möglichen Formen erwogen, aber sind schließlich darauf gekommen: Das Richtige ist, glatte Bahn zu machen, weil wir sonst unendliche Schwierigkeiten hatten. Es ist zu schwierig, in Form einer Interessengemeinschaft auf der ganzen Linie, besonders wenn man rationalisieren will, wirklich etwas Vernünftiges zu leisten. In der August-Thyssen-Hütte erzeugen wir z. B. jetzt 80% sämtlicher Eisenbahnmateriale von allen diesen Werken, was früher auf vier oder fünf Werke verteilt war. Das wäre natürlich in einer Interessengemeinschaft, die zeitlich immer begrenzt ist, nicht möglich gewesen, denn es hätte keiner zugelassen, die Fabrikation in Schienen aufzugeben, weil er sich sagt: Ich weiß ja gar nicht, was passiert, wenn die Interessengemeinschaft einmal zu Ende ist und ich keine Schienen mehr gewalzt habe, dann bin ich ja ganz heraus. Das sind auch kaufmännische Erwägungen usw. Jetzt ist es aber vollständig gleichgültig. Geheimrat Deutsch von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erklärte, daß weder Kartelle noch Interessengemeinschaften geeignete Mittel zu einer vernünftigen und billigen Produktion seien, vielmehr sei der einzige Ausweg eine starke, horizontale Konzentration. Dafür gebe es nur eine Basis, nämlich eine wirkliche Fusion, eine Gesellschaft, eine Leitung, ein Interesse. Es würde allerdings unmöglich sein, diese große Konzentration aufrecht zu erhalten, wenn nicht der Nachweis erbracht würde, daß dadurch eine Preisenkung einträte, von der wir allerdings bis heute kaum etwas gespürt haben. Auch die Vertreter der Banken bezeichneten den in der Konzentration liegenden Entwicklungsprozeß als dringend notwendig, wobei das Ideal zu erblicken sei in der vollen Fusion.“

Wir werden demgemäß für die Zukunft unter Umständen mit einer weiteren Konzentration im Wirtschaftsleben zu rechnen haben. Diese ruft die Arbeitnehmer auf den Plan. Wollen die Arbeitnehmer auf diese Bewegung einen entsprechenden Einfluß gewinnen, dann werden sie nach Mitteln und Wegen suchen müssen, wie sie über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus Mitwirkungs- und Mitverwaltungsrechte in der Wirtschaft und den Riesenunternehmungen erhalten. Auch über diesen Punkt hat die Enquete einiges Licht geschaffen. Nach den bisherigen Bestimmungen be-

steht ein gesetzliches Recht auf Einschaltung von Arbeitnehmervertretern in der Verwaltung der großen gesellschaftlichen Unternehmungen durch Entsendung von 1 bis 2 Betriebsratsvertretern in den Aufsichtsrat. Praktisch hat dieser Weg aber nach den Feststellungen im Enquete-Ausschuß wenig bedeutet. Manche Gewerkschafter vertreten daher die Ansicht, auch bei der Schaffung von Trust-Betriebsräten werde nicht viel mehr herauskommen. Sie sind deshalb der Meinung, wenn schon eine Arbeiterinteressenvertretung in den Konzernspitzen notwendig sei, und das ist nach ihnen der Fall, daß dann diese Interessenvertretung von den Gewerkschaften selbst, bzw. von deren bestellten Treuhändern ausgebildet wird.

Notwendige Erkenntnis.

Jrgendwo an der Straßenecke zerflattert ein grelles Wahlplakat. Sinnbild einer erschreckenden Veräußerlichung der inneren Triebkräfte, die das Handeln des Einzelnen bestimmen. „Aufklärung“ für jene Allzuvielen, die immer vorhanden waren, und die Christus als schwankende Rohre bezeichnete, die vom Windhauche hin- und hergetrieben werden. Ausdruck unserer Zeit nur in der Aufmachung, und insbesondere in der sichtbar werdenden Verbreiterung des Irrwahnes von der Eigengesetzlichkeit aller Teilfunktionen im Gesamtorganismus, der politischen, der wirtschaftlichen, der sozialen und der ethischen, die man wider alle naturgegebene Selbstverständlichkeit auseinanderreißt, ohne ihre letzte Fundamentierung in einem gemeinschaftlichen, überlinnlichen Zusammenhang anerkennen zu wollen. Eine ebenso bequeme wie verlogene Rechtfertigung schamloser egoistischer Begehrlichkeit für die einen, und ein gedankenloses Sichhingeben an den „Zeitgeist“ bei der Masse der geistig Unselbständigen oder Verblendeten, die daran zugrunde gehen. Charakterlosigkeit oder Willensschwäche also, je nach dem Grade des Vermögens und der Anlagen, verflüchtigt in das die ganze gemeinschaftszerstörende Erbärmlichkeit widerspiegelnde Schlagwort: Individualismus, der auf wirtschaftlichem Gebiete krämerhafte Raffgier und klassenkämpferische Infruchtbarkeit zeitigte und in der Politik in eine Demagogie übelster Art sich auszuwirken droht. Hinter den Schlagzeilen und Karikaturen der Wahlplakate grinst die hypnotisierende Macht der Suggestion, der leider allzu erfolgreiche Versuch der Ausschaltung vernünftiger Eigenüberlegung zugunsten sensationeller Stimmungsmache oder billiger Zukunftsversprechungen, die in der Art und dem Ausmaße, wie sie vorgebracht werden, niemals verwirklicht werden können und den denkenden Menschen abstoßen, aber eine starke parteiwerbende Kraft ausüben bei den vielen haltlosen Menschen, deren Handeln sich herleitet aus der Zusammenhanglosigkeit aufrüttelnder Schlagworte. Dabei braucht man bei den Vätern der Schlagworte nicht immer ausgesprochene Unehrlichkeit vorauszusetzen. Auch sie selber können sich bei der Stimmenwerbung aus einem parteipolitisch verengten Gesichtsfeld heraus in den Kaufzustand einer überschwinglichen Phantasie verfangen. Wohl das typischste Beispiel dafür ist das bekannte Glaubensbekenntnis der sozialdemokratischen Partei Hannovers aus dem Jahre 1904: „Ihr werdet einst auf eigenen Wagen fahren, auf eigenen Schiffen die Meere durchkreuzen und Schönheitsstrunken durch die Gelände des Südens schweifen. Nichts wird euch mangeln, keine irdische Pracht gibt es, die euer Auge nicht schaut. Fragt ihr aber, wer euch solches bringen wird? Nun, einzig und allein der sozialdemokratische Zukunftsstaat. Er ist die Erfüllung unserer kühnsten Träume. Was je euer Herz ersehnt, was euer Mund erwartungschauernd in stammelnde Worte gekleidet, wird erfüllt. Dann habt ihr das leibhaftige Evangelium des Menschenglücks auf Erden. Schon brach der Morgen an; bald muß der Tag in goldiger Helle erstrahlen.“

Dieser naivselige Erguß eines parteipolitischen Eifers wird selbst bei den Sozialisten unserer Tage ein mitleidiges Lächeln auslösen. Aber wir haben keine Ursache, ein solches Dokument gegen die Sozialdemokratie auszuwerten, als sei das ein Beweis für die skrupellose Unehrlichkeit ihrer Führer. Man kann darin auch ein zwar zweckloses aber doch aus einer untrüglichen Lebensnot zu verstehendes Sichhinaus-

retten in eine utopische Welt baldiger Befreiung leben. Sicherlich vermag nur der unerschütterliche Glaube an die Zukunft des Standes einer Massenbewegung Ziel und Richtung zu geben. Er ist ausschlaggebend für die Weckung der Eigenwertigkeit, des Selbstbewußtseins und des Willens, sich selber zu helfen und sich den Platz in der Gemeinschaft zu erkämpfen, der dem Werte des Standes in der Gemeinschaft entspricht. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß er sich nicht in lebensfremde Doktrinen verkapelt, sich weise auf das im Augenblick Erreichbare beschränkt und sich selber und anderen keine unerfüllbaren Hoffnungen vorkauft, die früher oder später in einer rettungslosen Skepsis verlanden. Dazu kommt noch als stärkstes und durchschlagendstes Moment der Zielerreichung das Hineinstellen der berechtigten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Forderungen in die Notwendigkeiten der Gemeinschaft und ihre Fundamentierung in dem höchsten und letzten Sinnzusammenhang der gottgewollten Ordnung, die einzig und allein eine Gemeinschaft gleichberechtigter und gleichgeachteter Glieder verbürgt. Nichts ist daher verkehrter und in den Auswirkungen verhängnisvoller, als die materialistische Anschauung, Religion sei lediglich eine Angelegenheit des Herzens und der Seele und habe nichts mit wirtschaftlichen und politischen Dingen zu tun. Die ganze Zerrissenheit und Not unserer Tage ist auf diese fundamentale Falschorientierung zurückzuführen, und solange die maßgebenden Führer von diesem Irrtum befangen sind, ist an eine Besserung von Dauer und Bestand nicht zu denken.

Gerade der Arbeiter als der Hauptleidtragende sollte sich darüber klar sein, daß keine wirtschaftliche und politische Bewegung religiös-neutral ist und sein kann, daß aber die religiöse Einstellung die Entscheidung auch für das Soziale bringt. Der Sozialismus schaltet, wie sein weltanschaulicher Bruder, das Manchesterium, bewußt jede persönliche und dingliche Verbundenheit des Tuns und Lassens mit einer letzten Verantwortung vor Gott aus seiner Lehre und seinen Handlungen aus. Er ist daher religionslos. Diese Überzeugung sollte sich in den Herzen aller christlich denkenden Arbeiter festsetzen. Dann werden sie auch allen Wahlplakaten und Überredungskünsten gegenüber grundsätzfest bleiben, werden nicht von einer Massensuggestion in die andere geworfen, sondern stimmen, was sie wollen, wissen auch, wenn sie den Stimmgabel in die Hand nehmen, was sie zu wählen haben und daß sie wählen müssen, wenn das Christentum in ihrem Herzen und in ihrem Verstande wirklich verankert ist.

Sachliche Beweisführung.

Der Deutsche Sozialetat ist in den Jahren nach dem Kriege um Milliarden angewachsen. Das sind gewaltige Summen, wenn man noch dazu berücksichtigt, daß sich zu gleicher Zeit die Lasten des Damesplanes immer drückender bemerkbar machen, die Steuern im Reich, Staat und Gemeinden und die ausländische Konkurrenz die Bewegungsfreiheit der Wirtschaft arg beengen. Je einschneidender und schmerzlicher der Druck, um so heftiger das Verlangen, sich davon zu befreien. Die Kritik nimmt vor allem Anstoß an der Höhe des Sozial-

etats. Demgegenüber treten Steuer-, Dames- und andere Sorgen zurück. Der Kampf wird heftig und leidenschaftlich geführt, weil eine Kritik an der Höhe des Sozialtats von weiten Schichten des Volkes als ein Vorstoß gegen die sozialen, sozialpolitischen und politischen Meinungen von 1918 betrachtet wird. Die Meinungen stehen oft unversöhnlich gegenüber. Das würde bei weitem nicht in dem Maße der Fall sein, wenn man in öffentlichen Diskussionen nicht fortwährend von ganz verschiedenen Dingen ausginge. Die einen verstehen unter dem Sozialetat nur die Sozialversicherung, die andern die gesamte Sozialbelastung. Vergleicht man mit den sozialen Lasten der Vorkriegszeit, so bezieht ein Teil die Arbeitslosenversicherung ein, ein anderer schließt sie aus. Eine solche Art der Auseinandersetzung muß naturgemäß zu starken Abweichungen und, wenn gewollt, zu begründetem Mißtrauen und scharfen Gegensätzen führen.

Wir begrüßen daher Ausführungen wie die, die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in einem Beitrage zu dem jetzt erschienenen politischen Jahrbuch 1928 (Volksvereins-Verlag M. Gladbach) zur Frage des Sozialtats macht. Wir halten die Frage für so wichtig, daß wir im folgenden die Ausführungen des Reichsarbeitsministers über die einschlägigen Fragen wiedergeben. Er schreibt:

„Die sozialen Unkosten der deutschen Wirtschaft werden oft auf mehr als 5 Milliarden Mark beziffert und mit einem Vorkriegskonto von 1,3 Milliarden verglichen. Solche Vergleiche sind nicht berechtigt. Wenn man vergleicht, muß man sich auf vergleichbare Größen beschränken. Bei den 5 Milliarden sind aber Einrichtungen berücksichtigt, die es vor dem Kriege gar nicht gegeben hat, und für die auch damals kein Bedürfnis vorlag. So insbesondere die Erwerbslosenversicherung. Die vergleichbaren Summen lauten vielmehr nach Ausweis des Sozialtats 1,3 Milliarden im Jahre 1913, gegen 3,2 Milliarden schätzungsweise Ergebnis im Jahre 1927 aus Beiträgen der Beteiligten. Dazu kommen noch aus Reichsmitteln 58,5 Millionen im Jahre 1913 und 302 Millionen im Jahre 1927. Von der letzten Summe entfallen etwa 275 Millionen auf die Invalidenversicherung und 25 Millionen auf die Familienwochenhilfe in der Krankenversicherung. Trotzdem die Steigerung von 1,3 auf 3,2 Milliarden bleibt bestehen. Also hätten die Gegner recht? Sind die Lasten für den einzelnen und die Wirtschaft größer geworden? Steht der Versicherte im Versicherungsfalle um jenseit besser? Hat das Reich in der Nachkriegszeit des Guten zuviel getan?“

- Dazu die Antwort:
1. Auch ohne Krieg und Änderung der Gesetzgebung wären die Ausgaben der Sozialversicherung heute größer als im Jahre 1913, weil sich damals die Gesetze noch nicht voll auswirkten.
 2. Die Nominallohne haben eine Steigerung erfahren! 1913 hatten wir in der gewerblichen Unfallversicherung eine Gesamtunfallenschädigung von 167 Millionen auf Grund einer Gesamtlohnsumme von 11,5 Milliarden Mark. 1926 sind die entsprechenden Zahlen 226 Millionen Unfallast und 15,7 Milliarden Gesamtlohnsumme. Das will sagen, 1913 betrug die Unfallast 1,45 Prozent, 1926 1,44 Prozent der Lohnsumme.

3. Die versicherungspflichtige Bevölkerung hat infolge der sozialen Umgestaltung nach dem Kriege eine gewaltige Vermehrung erfahren. Laut Berufszählung vom Jahre 1925 stehen 51 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsleben. Steigerung der erwerbstätigen Männer seit 1907 um 23 Prozent, der Frauen um 35 Prozent, in der Industrie um 30 Prozent, im Handel und Verkehr um 63 Prozent. In der Krankenversicherung sind 1914 17 Millionen Versicherte, heute über 21 Millionen; in der Angestelltenversicherung 1913 1,5 Millionen, heute etwa 2,8 Millionen.

4. Die Sozialversicherung trägt einen guten Teil der Kriegslast. Die Invalidenversicherung versorgte 1913 1 Million Invaliden, 12 000 Witwen, 40 000 Waisen; heute dagegen 1,8 Millionen Invaliden, 280 000 Witwen und 1 Million Waisen.

Die angesammelten Vermögen der Versicherungsträger gingen infolge des Krieges und der Inflation verloren.

5. Die Sozialversicherungsgläubiger ebenso wie die gesamte Wirtschaft unter der Geldentwertung. Verringerte Kaufkraft der Beiträge = erhöhte Unkosten!

6. Die Nachkriegszeit brachte eine innere Umgestaltung der Versicherung. Bevorzugung von Sachleistungen! Heilbehandlung! Gesundheitspflege! Seuchenbekämpfung! Unfallverhütung! Familienfürsorge!

Daraus geht deutlich hervor, was es mit der Behauptung von der Unerträglichkeit der Soziallast auf sich hat. Das mögen auch die Gegner wohl empfinden. Darum wenden sie sich besonders gegen die angeblich viel zu hohen Verwaltungskosten. Sie (die Unkosten) stellen sich in der Krankenversicherung auf 7 Prozent der Gesamtausgaben; in der Angestelltenversicherung 3,4 Prozent der Beitragseinnahmen. Diese Prozentätze sind nicht so ungewöhnlich, wie es nach der Kritik scheinen möchte. Trotzdem kann ruhig mit dem Minister festgestellt werden, daß in Aufbau, Organisation und Verwaltung der Sozialversicherung Reformen möglich und erstrebenswert sind, aber auch das:

Das deutsche Recht fängt an, Weltversicherungsrecht zu werden. Auch ein Beweis für seine Güte!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 11.—19. Mai 1928 der 20. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

Lohn- und Tarifbewegung.

Berliner Holzindustrie. Für die Berliner Holzindustrie besteht, wie bekannt ist, ein eigener Manteltarifvertrag. Dieser Vertrag nebst Lohnabkommen ist mit zwei Arbeitgeberverbänden abgeschlossen. Das Lohnabkommen, das zuletzt Geltung hatte, lief am 21. März 1928 ab. Es wurde von der Babebo, der Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin, gekündigt. Unsererseits wurde für den Abschluß eines neuen

Der Himmelfahrtstaler.

Erzählung von Max Karl Böttcher.

„Viel Sorg' und Leid ist in der Welt! — Diese unumstrittene Tatsache wurde auch in dem Flecken Codenmann erkannt, jenem westfälischen Dörfchen, das da ein Stündlein abwärts der Stadt Rinteln liegt, just da, wo die Weser das scharfe Knie nach Süden biegt und wo die gefährlichen Stromstrudel das Überqueren des Flusses gefährlich machen. „Aber einen gab es in Codenmann, der nichts wissen wollte von Sorg' und Leid der Welt. Das war Peter Siebenbrunn. Sei es nun, daß sich das Schicksal ob seines eben so schönen als seltenen Namens bei seiner Geburt gefreut und ihm ein riesengroßes Bündel Frohsinn in die Wiege gelegt, oder sei es, daß Peter Siebenbrunn von seinen Eltern wirklich nichts weiter geerbt hatte, als unverwundlichen Humor und ein nie verzagtes Herz, kurz, der kleine Siebenbrunn hatte ein ewig lachendes Antlitz, und ihm fehlte das Leben nie und nimmer so trübe zu sein, wie der alltägliche Sorgenmensch ansonsten immer denkt.“

Ein Armhäuslerbub, der nie Vater und Mutter gekannt, war Peter in seiner Kindheit von einem Bauern zum andern geschoben worden, und keiner mochte ihn lange haben, denn er war zu klein und schwächlich, um auf dem Hofe oder Felde allzuviel helfen zu können. Er selbst aber lebte sich zur eigenen Freude, pfiß und summte den ganzen Tag, stand sich mit dem alten Dorfschulmeister gut, weil er ihm die Gänse hütete und ging bei ihm aus und ein und lernte daher bei ihm mehr, als er eigentlich als Armhäuslerbub beanspruchen durfte, ja, sogar einige Brocken Latein flogen ihm an, die er dann und wann geschickt zu verwenden wußte. Überall im Dorfe war Peter behilflich und gefällig, und wenn er auch selten mehr

als einen Knuff oder ein nicht zu zartes Rosewort zum Lohne erhielt, so war er doch nie gekränkt. — „Ich bin der Armhäuslerbub! Und wenn die Bauern nicht einmal mehr an mir ihren Ärger oder Zorn auslassen sollen, ja, an wen in aller Welt denn sonst?“ dachte der Junge und lachte zu jedem Knuff und über jedes rauhe Wort. Seine Freud' war das „Sindn“, und er fand immer etwas: altes Eisen, Knochen, Lumpen, Papier, Glas usw. Alles sammelte er sorgsam und trug es dann zum Lumpenbannes nach Rinteln oder zum Schmied, und die Pfennige und Groschen, die er dafür bekam, sparte er und dann half er damit alten, gebrechlichen Mitinsassen des Armenhauses aus, wenn sie einer Kleinigkeit bedurften.

Als Peter Siebenbrunn nun der Schule entwachsen war, fragte ihn der Schulze: „Na, Knirps, was willst du nun werden? Bist kaum drei Käse hoch und dürr wie Scheuergras! Ich wüßte etwas für dich, aber ob es für dich paßt, Quecksilbermännel, das weiß ich nicht!“

„Und das wäre, Herr Vormund?“

„Ein Schneiderlein! Bei Meister Tink in Papenbrink, da könnt ich dich unterbringen.“

Peter Siebenbrunn aber lächelte und zog ein schiefes Maul, dann sagte er: „Ubi bene, ibi patria! Wo es dir gut geht, da ist dein Vaterland! Warum soll ich, Herr Vormund, nach Papenbrink, wo es mir doch in Codenmann so gut geht! Und ein Schneider, Herr Vormund? All mein Tag wie ein Türk mit untergeschlagenen Beinen auf dem barten Tische hocken! Mit Verlaub, Herr Vormund, ich möchte gern ein Schreiner werden.“

Aber der Meister Tag im Oberdorf brauchte heuer keinen Lehrbub und dem Meister Kircheis im Niederdorf war der Peter halt doch gar zu wenig an Muskelkraft. So blieb noch der Uferschreiner, der so hieß, weil er sein Werkstättchen am Weserufer aufgetan

hatte. Sebastian Kroth war sein eigentlicher Name. Er war ein schweigsam verhuselt Männchen, mehr Bootsmacher als Tischler, jedoch ein paar flinke, kluge Auglein leuchteten aus dem vermittelten Antlitz und gar grundgut konnte er dreinschauen. Er sah sich den Peter lange sinnend an, dann schüttelte er den Kopf, aber da platzte der Bub in seiner Angst, auch hier abgewiesen zu werden, heraus: „Der Mensch siehet, was vor Augen ist, Gott aber siehet das Herz an!“ — Da lächelte der alte Handwerker fein und verständnisinnig und nickte nun und sagte kurz: „Magst bleiben, Knirps!“

Jetzt war Peter ein Schreinerlehrling und — es sei gleich gesagt — kein schlechter. Von früh bis abends auf den Beinen, allzeit froh und lustig, immer ein Liedlein auf den Lippen, so brachte er Sonnenschein in den muffigen, stillen Kasten, der Meister Kroths Haus bisher gewesen war. Und als am Ende des vierten Lehrjahres Peter als Gesellenstück eine wunderfeine westfälische Pinntruhe getischelt hatte, wurde er freigesprochen. Die Welt stand ihm offen, er konnte hinaus. Aber er blieb seinem Meister zuliebe in der Uferwerkstatt, denn Herr Kroth war alt und wackelig geworden, und ohne den frischfröhlichen Peter wäre sein Geschäft wohl bald eingegangen und der Meister wahrscheinlich dazu. Er war all die Jahre wie ein Vater zu ihm gewesen, und das vergalt ihm Peter nun durch Fleiß und Treue, die auf westfälischer Erde noch Heimstatt haben. Aber doch wäre bald ein jähler Riß in diesen stillen Bund gekommen. Und daran trug der Himmelfahrtstaler seine Schuld.

Der Himmelfahrtstaler? — Was hat es damit für ein Bewandnis? Der Volksmund erzählt, daß dort, wo heute das Dorf Codenmann liegt, vor Hunderten von Jahren in trockenen Sommerzeiten eine Furt, also eine Durchfahrt für Wagen und Reiter gewesen wäre. Weil aber die Weser am Knie recht heim-

Lohnabkommens eine Lohnforderung von 15 Pfg. auf die bestehenden Stundenlöhne (Spitzenlohn war bisher 1.23 Mk.) gestellt. Die Verhandlungen, die mit der Arbeitgeberorganisation Richtung Paeth geführt wurden, brachten keine Einigung. Mit der Babebo kamen Verhandlungen zunächst überhaupt nicht zustande, weil von dieser Organisation Vorschläge auf Abbau der bestehenden Löhne gemacht wurden und diese Vorschläge überhaupt keine Verhandlungsgrundlage bieten konnten. In einer Reihe von Betrieben legten daraufhin die Kollegen die Arbeit nieder. Die Babebo beschloß daraufhin die Aussperrung für ihre Betriebe. Die mangelhafte Durchführung dieses Beschlusses hat bewiesen, daß im Arbeitgeberlager die Meinungen bezgl. dieser Maßnahme sehr geteilt waren. Die vom Schlichter versuchte Einigung mißglückte, in der Verhandlung am 5. Mai wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, der Lohnerhöhungen vorsieht für Sacharbeiter, über 22 Jahre ab 5. Mai 4 Pfg. und ab 1. Oktober weitere 3 Pfg. Beide Parteien haben diesem Schiedsspruch zugestimmt, die Arbeitsaufnahme wurde für den 10. Mai vereinbart. Damit ist dieser Lohnkampf beendet, eine eingehendere Berichterstattung bleibt vorbehalten.

Modellschreiner in Rheinland-Westfalen. Mit dem Verband der Modellschreiner ist der Abschluß einer Lohnvereinbarung getätigt und auch der Bezirksvertrag neu überprüft worden. Eine Kommission wird den Wortlaut überprüfen und der Vertrag dann gedruckt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden gemeinsam den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit stellen. Der Durchschnittslohn beträgt ab 1. Mai 1928 in

Ortsklasse	I	II	III
Für Arbeiter über 22 Jahre	1,20 Mk.	1,14 Mk.	1,08 Mk. pro St.
von 10-22	1,08	1,03	0,97
unter 10	0,90	0,86	0,81

Der Mindestlohn ist 10% geringer, über dem Durchschnitt stehende Arbeiter sind entsprechend höher zu entlohnen.

Der Rahmenvertrag gilt bis zum 30. April 1929 mit dreimonatiger Kündigungsfrist, das Lohnabkommen gilt bis zum 1. Oktober 1928 und kann mit einer Frist von einem Monat erstmalig zum 1. Oktober 1928 gekündigt werden.

Die Ortsklasseneinteilung ist geblieben, wie im Rundschreiben vom 26. April mitgeteilt wurde. Es gehören zur Ortsklasse:

Ortsklasse I: Köln mit Mülheim, Düsseldorf mit Venrath-Hilden-Neuß-Katingen.

Ortsklasse II: Aachen, Barmen-Elberfeld, Bielefeld, Bochum, Bonn mit Siegburg, Croisdorf, Duisburg mit Mülheim, Düren mit Pendersdorf, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Krefeld, M. Gladbach, Remscheid, Solingen, Witten.

Ortsklasse III: Ahlen, Bistwig, Dülken, Gevelsberg, Hamm, Hattingen, Haspe, Hemer, Iserlohn, Lüdenscheid, Menden, Milspe, Neheim-Hüsten, Reviages, Olpe, Siegen, Unna, Velbert, Werl, Wetter, Ruhr.

Ostpreussisches Holzgewerbe Für das Ostpreussische Holzgewerbe bringen wir nachstehend die Lohnabelle für die über 22 Jahre alte Arbeiterschaft in den fünf Ortsklassen. Die Steigerung der Löhne erfolgt in zwei Terminen und zwar am 1. April 1928 bis 30. September 1928:

stückerisch ist, habe mancher Fuhrmann oder Reiter samt Wagen und Ross in den Wellen den Tod gefunden, denn man fand dort des öfteren einen toten Mann an das Ufer gespült, und das Dorf, welches nach und nach aus den wenigen Hütten am Furtheingang entstand, nannte man deshalb kurzerhand Codenmann. Später ging die Furte ein, aber der Strom forderte trotzdem noch oft sein Opfer, da durch den Strudel an der Biegung manch Boot und Schifflein erfasst und zum Kentern gebracht wurde. Da aber die allermeisten Bewohner des Ortes des Schwimmens unkundig waren, konnte oft den Versinkenden und Hilferufenden keine Rettung gebracht werden. Nun kam vor vielen Jahrzehnten ein neuer Dorfschulze in Codenmann an die Spitze der Gemeinde und der bestimmte, daß jeder junge Mann im Dorfe, so er kräftig und gesund war, das Schwimmen zu erlernen hatte. Um der neuen Sache einen Anreiz zu geben, ward vom Ältestenrat des Ortes festgesetzt, daß jeder, der die etwa 90 Meter breite Weser zu durchschwimmen vermochte, auf Kosten des Dorfes einen Silbertaler als Preis erhielt. Nun fand seit 60 oder 70 Jahren alljährlich zu Himmelfahrt das große Schau- und Prüfungsschwimmen statt, und damit verband man ein fröhliches Volksfest, bei dem die Sieger, die den Strom bezwungen hatten, im Mittelpunkt der Lustbarkeiten standen, hoch geehrt wurden und im besonderen das Recht hatten, an den Gemeinderat einen Wunsch zu äußern, der — soweit es nicht unbillig war — nach alter Sitte erfüllt werden mußte. Meistens handelte er sich bei diesen Wünschen um Verleihung einer Gerechtfame oder Konzession, oder um Erlassung einer kleinen Ordnungsstrafe oder Steuerschuld, oder oft auch um die Bitte an den Schulzen, bei einem widerpenstigen Vater einer geliebten Maid als Brautwerber aufzutreten.

(Fortf. folgt.)

Wir brauchen für unser Reichsjugendheim noch 120000 Mark. Wenn jedes Mitglied 10 Pfg. für eine Jugendheimmarke opfert und uns für 10 Pfg. eine Künstlerkarte abkauft, haben wir das Geld zusammen. Um dieser 20 Pfennige willen wirst du uns doch nicht im Stiche lassen! Karten und Marken sind bei unseren Sekretariaten, Zahlstellen und Vertrauensleuten zu haben.

Ortsklasse	I	II	III	IV	V
Sacharbeiter:					
über 22 Jahre	96	89	84	80	75
Hilfsarbeiter:					
über 22 Jahre	82	76	72	68	64
Sacharbeiterinnen:					
über 22 Jahre	67	62	59	56	53
Hilfsarbeiterinnen:					
über 22 Jahre	57	53	50	48	45
Vom 1. Oktober 1928 bis 31. März 1929					
Sacharbeiter:					
über 22 Jahre	100	93	88	83	78
Hilfsarbeiter:					
über 22 Jahre	85	79	75	71	66
Sacharbeiterinnen:					
über 22 Jahre	70	65	62	58	55
Hilfsarbeiterinnen:					
über 22 Jahre	60	55	53	50	46

Die Löhne für jüngere Altersklassen errechnen sich nach dem vereinbarten Schlüssel.

Die Montagesätze betragen ab 1. April 1928: Am Ort, wenn sie länger als 4 Stunden dauern, 8 Pfg. In Nachbarorten, von denen die tägliche Rückfahrt möglich ist, 13 Pfg. Außerhalb des Ortes mit Übernachtungen 5,50 Mk.

Bezirkstarifvertrag Baden. Das zu diesem Bezirkstarifvertrag gehörige Lohnabkommen vom 14. März 1928 ist mit Wirkung vom 2. April unter der Nr. III B 4143/19 Tar. für allgemeinverbindlich erklärt. Der berufliche Geltungsbereich deckt sich mit dem Wortlaut des Tarifvertrages. Räumlich gilt die Allgemeinverbindlichkeit für den Freistaat Baden ausschließlich der Stadt Mannheim.

Berichte aus den Zahlstellen.

Würzburg. Der 1. Mai als „Weltfeiertag.“ Wie man ihn in Würzburg vorbereitete, zugleich ein Kapitel über Toleranz und religiöse Neutralität der „freien Gewerkschaften“.

Mit vielem Tamtam hat man seit Wochen das „Weltproletariat“ zu Massendemonstrationen am 1. Mai aufgerufen. Zeitungen, Plakate und Versammlungen mußten die „Notwendigkeit“ dieses Weltfeiertages beweisen. Daß aber diese abgedroschenen Phrasen auch bei vielen Mitgliedern der sogenannten „freien“ Gewerkschaften nicht mehr ziehen, davon konnten sich die Mitglieder unseres Verbandes überzeugen.

Der Betriebsrat einer Würzburger Möbelfabrik hatte zu einer Betriebsversammlung aufgerufen. Thema: Notwendigkeit des Weltfeiertages. In dem Betriebe zählt unser Verband nur etwa 11% der Belegschaft. Versammlungen mit so plattem Inhalt, auf so niedriger Stufe sind unsere christlichen Gewerkschafter denn doch nicht gewohnt. Dem roten Betriebsratsvorsitzenden fehlte das Zeug, überhaupt eine Versammlung ordnungsgemäß zu leiten. Man mußte sich zeitweilig fragen, ob man denn in eine kommunistische Wahlversammlung oder in eine Freidenker-versammlung geraten war. Mitglieder unseres Verbandes, die den Standpunkt ihrer Ablehnung der Arbeitsruhe am 1. Mai geltend machen wollten und sich für Wahrung der persönlichen Freiheit einsetzten, wurden ganz unberechtigt zur Ordnung gerufen und in ihrer Redefreiheit vergewaltigt. Als sie auf Anpöbelungen von gemerischer Seite antworten wollten, wurde ihnen vom „Versammlungs-Leiter“ das Wort nicht erteilt. Er erlaubte sich obendrein noch Beschimpfungen der christlichen Gewerkschaften. Dabei hatte er bei Beginn der Versammlung vor gegenseitiger Beschimpfung gewarnt und Redefreiheit versprochen. Eigenartige Logik! Die roten Sprecher überschritten jedes zulässige Maß. Statt sachlicher Gründe gemeinste Beschimpfungen der christlichen Religion, der katholischen Kirche, ihrer Einrichtungen und ihrer Diener, in einer Weise, die wiederzugeben das Anstandsgefühl verbietet. Man konnte nur Mitleid mit diesen Jammergestalten haben. Die Anpöbelungen gegen die christliche Kirche und Religion gingen soweit, daß es selbst einem großen Teil der „freien“ Gewerkschaftler zu viel wurde und diese ihren Anmut laut kundgaben.

Der Versammlungsleiter aber fand für all die Ge-

meinheiten kein Wort der Entschuldigung, kein Ordnungsruf ertönte, den Angehörigen unseres Verbandes gab er nicht das Wort zur Erwiderung, er hatte für ihren Protest nur ein höhnisches Lachen. So wirkt sich die Verhetzung und „Aufklärung“ der roten Presse und Gewerkschaften aus.

Wir fragen: Wie lange wollen sich die Arbeiter, die noch christlich denken und fühlen, aber Mitglieder freier Gewerkschaften sind, sich dieses noch bieten lassen? Die Versammlung beleuchtete wieder blödsinnig die religiöse und parteipolitische „Neutralität“ dieser „freien“ Gewerkschaften. Wie lange wollen sich die Arbeiter noch beleidigen lassen und die Ohrfeigen, die man ihnen obendrein versetzt, mit den eigenen sauer verdienten Groschen bezahlen. Es kann nur eine Antwort geben auf diese Unverschämtheiten, nur eine Parole als Antwort: Hinein in die christlichen Gewerkschaften! Sie vertreten voll und ganz die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, und haben Ehrfurcht vor der religiösen Überzeugung des einzelnen.

Der Erfolg dieser Mäifeierdemonstration war, daß der Betrieb mit rund 2/3 der Belegschaft zur Arbeit ging.

Rundschau.

19. Konsumgenossenschaftstag. Der diesjährige Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. Köln, findet vom 8. bis 11. September in Essen statt. Er ist verbunden mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Konsumvereins „Wohlfahrt“ e. G. m. b. H. in Essen-Altenessen, einer der größten deutschen Verbrauchergenossenschaften. U. a. wird der bekannte Hochschulprofessor Dr. Theodor Brauer über „Genossenschaft und Entproletarisierung“ sprechen.

Verbraucherspflichten. Auf der Delegiertentagung der Konsumgenossenschaft Eintracht-Dortmund sind in dem uns vorliegenden Bericht bemerkenswerte Stellen enthalten, die wegen ihrer Allgemeingültigkeit verdienen, weitest Verbreitung zu finden. Der Bericht sagt unter anderem folgendes:

Der Warenumschlag ist der Lebensnerve der Genossenschaft. Von ihm hängt jegliches Gedeihen ab. Die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse hätten aber auf den Umsatz stark eingewirkt. Besonders der Monat Dezember sei kritisch gewesen. Damals hätten einige wenige Führer der Metallindustrie vom grünen Tisch aus den Beschluß gefaßt, sämtliche Metallarbeiter Deutschlands erwerbslos zu machen. Diese Rücksichtslosigkeit der Führer der Industrie sei ein Spiel mit dem Feuer gewesen. Wenn auch die Arbeitgeber sich anscheinend nicht getraut hätten, ihren Beschluß betr. Stilllegung sämtlicher Betriebe durchzuführen, so müßte doch jeder Arbeitnehmer aus diesem Vorfall die notwendigen Lehren ziehen. Mit Bedauern müsse aber festgestellt werden, daß viele der Verbraucherbewegung Abneigende noch nicht den Genossenschaftsgedanken erfasst hätten. Würden die Industriekapitäne wirklich ihren Standpunkt durchgeführt haben, dann würden der Arbeitnehmererschaft über die sog. vielgepriesenen „Wohlfahrts“-Einrichtungen der Industrie, die Werks- bzw. Zehnkonsumanstalten, die Augen geöffnet worden sein. Der Referent zweifle nicht, daß die Konsumanstalten sofort geschlossen worden wären, daß des weiteren die Schulden, die mancher Arbeitnehmer in diesen Konsumanstalten habe, vom letzten Lohn restlos einbehalten worden wären, so daß dann diese Arbeitnehmer ohne einen Pfennig Geld auf der Straße gelegen hätten. Wenn es wirklich so weit gekommen wäre, dann hätten die Konsumvereine eine glänzende Ernte gehabt, weil dann zwangsweise bei den Massen des Volkes die Erkenntnis gekommen wäre, für die breiten Schichten sei es endlich an der Zeit, sich der Genossenschaftsbewegung anzuschließen und die Knechtschaft des Großkapitals abzuwälzen. Bei manchem Arbeitnehmer herrsche noch eine gewisse Gefühlsbeselei vor. Aus diesem oder jenem Grunde halte er sich für verpflichtet, statt in der Genossenschaft seinen Bedarf zu decken, die Privatunternehmen mit der Kaufkraft seines Geldes zu unterstützen. Von derartigen Gefühlen müsse sich die Arbeitnehmererschaft in ihrem eigenen Interesse freimachen. In der letzten Generalversammlung sei über die Schwierigkeiten gesprochen worden, die der Verbraucherbewegung entgegenstehen. Es wären solche wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und gesellschaftlicher Art. Die Verbraucher seien sich noch zu wenig bewußt, daß sie als Verbraucher einen eigenen Stand bildeten und daß sie diesem entsprechenden Achtung verschaffen müßten. Gegner der Bewegung seien alle die Stände, die ihr nicht angehörten. Diese Stände gründeten selbst Genossenschaften verschiedenster Art, möchten aber am liebsten der Verbraucherschaft verbieten, auch ihrerseits sich den Genossenschaftsgedanken zu eigen zu machen. Ein weiteres Problem sei der Markenartikelschutzverband. Es bestehe die Gefahr, daß durch diesen im Handel eine Unterjochung der breiten Massen herbeigeführt würde, wie wir sie schon heute in der Wirtschaft hätten. Stets und überall würden die Mar-

kenartikel propagiert. Der private Handel könne nur mit einzelnen Artikeln schleudern, weil er an den Markenartikeln entsprechend verdiene. Es sei heute schon Tatsache, daß ca. 50 % aller Waren Markenartikel wären. Der Preis für diese Waren würde seitens der Markenartikelfabrikanten diktatorisch festgesetzt. Der Gewinn sei für den Zwischenhandel einkalkuliert und zwar sehr hoch. Der Markenartikelschutzverband wolle in seiner Endauswirkung das nämliche wie die Genossenschaften, wenn auch das Ziel als solches ein anderes sei. Beide Organisationen erstrebten eine Rationalisierung der Warenvermittlung. Der Markenartikelschutzverband versuche, nach Möglichkeit für alle Waren Markenartikel einzuführen, um dann, wenn die freie Konkurrenz ausgeschaltet wäre, eine Zusammenlegung der Verkaufsstellen für Markenartikel herbeizuführen, d. h. wo jetzt vielleicht 10 Geschäfte seien, würden später vielleicht nur noch 1 bis 2 Geschäfte bestehen, die ausschließlich Markenartikel führen würden. Die in der Verfassung verankerte Gewerbefreiheit würde, wenn der Schutzverband sein Ziel erreichte, tatsächlich aufgehoben sein, weil alles von den Markenartikeln dann abhängig wäre. Es würde nun erklärt, die Rationalisierung solle der Verbraucherschafft zugute kommen. Wer sei aber so dumm, dieses Märchen zu glauben? Beim Großkapitalismus herrsche doch stets die Sucht, immer mehr Kapital an sich zu bringen, also größere Gewinne zu erzielen. Die Rationalisierungsbestrebungen der Konsumvereine dagegen gingen nur darauf hinaus, Unkosten zu ersparen, um dadurch die Preise zu reduzieren und die Kaufkraft des Geldes der Verbraucher steigern zu können. So sei die Zukunft zu beurteilen.

Den breiten Schichten drohe in der Warenverteilung dieselbe Verklavung wie heute in der Industrie und in der Wirtschaft. Sei es da nicht richtiger, eine freiwillige Rationalisierung auf genossenschaftlicher Basis durchzuführen, die dem Verbraucher einzig und allein Vorteile bringe? Die Genossenschaftler müßten den Feind beobachten und ihm, wo es nur immer zugänglich sei, entgegenzutreten. Dies geschähe schon heute soweit wie möglich durch Eigenproduktion der Konsumvereine. Wenn die Erfassung des Genossenschaftsgedankens in den Verbraucherkreisen mehr Platz greife, dann würde es allgemein erheblich besser werden. Trotzdem heute jede Tageszeitung Börsenberichte bringe und dadurch jeder die Möglichkeit habe, die von den verschiedenen Warenvermittlern geforderten Preise selbst zu kontrollieren, geschähe dieses seitens der Verbraucher noch zu wenig. Auf Grund der Börsenberichte könne man nicht nur die Verdienstspanne des Privathandels kontrollieren, sondern auch die Kalkulation der Genossenschaft nachrechnen. Die Kalkulation der Genossenschaften stehe weit unter dem allgemein üblichen Satz.

Diesen beachtenswerten Ausführungen soll auf der ganzen Linie die Tat folgen. Das ist der Weg, der uns zum Ziele führt: Durch gewerkschaftliche Aktivität zu gesunden Verhältnissen, durch die Genossenschaft zum Mitbesitz an der Wirtschaft.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Handwerk mit goldenem Boden! Mir geht's gut! Das können nur wenige Menschen in Deutschland sagen. Einige können aber sagen, mir geht's schon besser. Dazu gehören vor allem die Herren Aufsichtsräte. Zum Beispiel die 8 Aufsichtsräte von S. P. Bemberg A.-G., die sich 209 000 RM. Cantieme in diesem Jahre bewilligen ließen oder die 13 Aufsichtsräte von Siemens & Halske, die statt 298 000 RM. (1925/26) diesmal (1926/27) 440 000 RM. vereinnahmten. Das einnehmendste Wesen haben aber zweifellos die Aufsichtsräte der Banken. Die Aufsichtsräte der Dresdner Bank bekamen im Vorjahre 432 000 RM. und in diesem Jahre 486 000 RM. Cantieme. Der Barmer Bankverein zahlte beim diesjährigen Abschluß seinen Aufsichtsräten 222 000 RM. gegenüber 129 000 RM. im Vorjahre.

Die Bankherren befinden sich geradenwegs auf

einem Vormarsch auf die Aufsichtsmandate in der deutschen Wirtschaft. Jacob Goldschmidt, Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, soll jetzt bereits 108 Aufsichtsratsitze innehaben. 1913 hatte er einen, 1918 vier und Anfang 1928 94 dieser bekömmlichen Sitze belegt. Kürzlich ging eine Liste fast aller Herren, die mindestens 30 Aufsichtsratsposten vereinigen und die nach dem neuesten Adressbuch der Direktoren und Aufsichtsräte zusammengestellt ist, durch die Presse:

Jacob Goldschmidt 94, Paul Millington-Herrmann 67, Otto Weisenberger 65, Louis Hagen 62, Heinrich von Stein 59, Joh. Friedr. Schröder 59, S. A. Frh. v. Oppenheim 57, Curt Sobornheim 56, Gerhard Rorte 53, Moritz Schulze 52, Maximilian Kempner 51, Oskar Schlitter 50, Hermann Fischer 49, Carl Fürstenberg 48, August Rosterg 48, Georg Solmsen 45, Henry Nathan 45, Herbert M. Gutmann 45, Victor von Klemperer 43, E. Schoen v. Widenegg 42, Otto Zeidels 42, Bruno Heck 41, Ludwig Juld 41, Benno Weil 41, Felix Deutsch 40, Carl Ch. Reichmann 40, Paul Mamroth 40, Arnold von Guilleaume 39, Heinrich Arnhold 38, Friedrich Reinhardt 38, Paul Silberberg 37, P. H. von Schwabach 37, Hermann Voh 36, Siegm. Bodenheimer 34, Theodor Frank 34, Gustav Sintenis 34, Hans Arnhold 34, Ernst Georg v. Stauff 33, Robert Pferdenges 33, Werner Carp 33, Arthur Salomonsohn 31, Peter Klöckner 30, Isidor Rosenfeld 30, Carl Degenhardt 30.

Wer die Namen und Mandate der vorbenannten 44 Herren durchsieht, ist um einen tiefen Einblick in die tatsächlichen Vorgänge unseres Wirtschaftslebens reicher geworden. Rechnet man zu den Cantiemen die festen Gehälter, die diese Herren als Direktoren oder in anderen Stellungen beziehen, sowie Aufwandskosten usw., so kommt man zu Einkommen, die sich sicherlich zwischen 1/2 und 1 Million Reichsmark oder noch mehr bewegen. Ein deutscher Reichsminister mit seinen rund 38 000 Mk. Jahresgehalt muß sich da ja wie ein Trinkgeldempfänger vorkommen.

Und wir? Für angespannteste Leistung erhält der beste Altkordarbeiter brutto etwa 250—270 Mk. monatlich. Die Mehrzahl aller Arbeiter aber verdienen nach der Aufstellung der Invalidenversicherung unter 24 Mk. wöchentlich. Kommentar überflüssig!

Literarisches.



Das Maiheft erscheint! Der dargebotene Stoff wird sicher neue Freunde unserer Fachzeitschrift zuführen. Da redet H. S. A. zu den Lesern „vom guten Geschmack“. Sagt ihnen, daß man sich nicht mit der banalen Redensart von den „verschiedenen Geschmäckern“ herausreden soll, sondern daß man seinen Geschmack bilden und ausbilden müsse. Ein trefflicherer „guter Geschmack“ ist für den Schreiner meist der Schlüssel zum geschäftlichen Erfolg.

„Ein Blick in die moderne Bürgerwohnung“ sagt uns, daß man heute allem Ritstigen, Überladenen und Prozen-

haften abhold ist und trotz moderner Sachlichkeit beson-
derne Ruhe und Behaglichkeit bei der Wohnungs-
einrichtung bevorzugt. Diese Prinzipien gelten auch für
die Arbeiterwohnung.

Im Zusammenhang mit diesen Abhandlungen zeigt das Heft im Bild beachtenswerte Arbeiten des Kölner Architekten Rolf Distel, der als Raumkünstler weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus einen klangvollen Namen sich erworben hat. Es ist nur schade, daß die Photos die Farbigkeit der Räume und Möbel nicht wiedergeben vermögen, die erst die Wärme und Behaglichkeit der Einrichtungen voll zum Ausdruck bringen. Für die Werkstatt ist die Herstellung runder Zargen eingehend behandelt und dargestellt, die Abhandlungen, Materialkunde des Tischlers und die Maschine als Werkzeug, die beide reges Interesse in unserem Leserkreis gefunden haben, wie eine Reihe Zuschriften be-
weisen, werden fortgesetzt.

Es ist schon richtig, wenn eine der Zuschriften sagt, daß derjenige, der nicht Bezieher der Handwerkskunst ist, schon in den Verdacht gerät, sachlich nicht ganz auf der Höhe zu sein, darum die Nutzenanwendung: Bestellt noch heute für 2,— Mk. im Vierteljahr bei der Post oder bei der Geschäftsstelle Köln, Venloerwall 9.

Holzansutzung und Holzverschnitt, Preis 3.50 Mk. E. Reineking, der Leiter der Tischler-Schule in Blankenburg, Harz, hat im Verlag von Bernh. Friedr. Voigt unter obigem Titel ein handliches Buch herausgegeben, welches mit verblüffender Anschaulichkeit jedem Tischler, ob Meister oder Geselle, Wert und Vorteil einer guten Holzansutzung verständlich macht.

Holzansutzung und Holzverschnitt setzt auch der Tischler bei der Kalkulation durchweg zu niedrig an. Daher entsteht leicht ein zu hoher Unkostenfuß, dessen Ursache zu spät entdeckt wird. Die Darstellung der verschiedenen Arten der Holzansutzung sind ein ausgezeichnetes Hilfsmittel zur Vermeidung grober Fehler bei Berechnungen. Der kubische Inhalt der Rundhölzer bei Rundmaß oder Würfelmaß ist eine solche Fehlerquelle, die bei Betrachtung der Abbildung geläufig wird. Schematische Darstellung landläufiger Körpermaße und Kubikinhalte runder Hölzer erhöhen den Wert des Buches, welches damit nicht am Ende seines reichen Inhalts ist, sondern darüber hinaus auch für die Verarbeitung neue und vorteilhafte Arbeitsmethoden nachweist, die bis 50 Proz. Zeiterparnis bedingen.

Das Buch ist gut ausgestattet und besonders auch für Unterrichtszwecke sehr zu empfehlen.

Möbel in Birke und Aufbaum, von A. O. Geißler, Preis 10 Mk. Der Verlag B. Fr. Voigt in Leipzig hat sich durch die Herausgabe der Vorlagenammlung für Bau- und Möbeltischler, dessen 4. Heft, erster Teil unter obigem Titel hier behandelt ist, ein großes Verdienst um die Verfeinerung des Geschmacks erworben. Frei von überladenen Prunk und prozenthafter Sachlichkeit zeichnet Architekt A. O. Geißler Schlafzimmer- und Speisezimmermöbel, die den neuen Lebensrhythmus, frei von aller Regellofigkeit der letztvergangenen Jahre, in schöner und edler Einienführung betonen. Der vorhandene Zug nach Behaglichkeit, Ruhe und trotzdem Sachlichkeit findet in den vorliegenden Entwürfen seinen vollendeten Ausdruck und eignen sich dieselben vorzüglich zur Ausführung für das schlicht-vornehme Bürgerheim. Die gewählte Form läßt ausgesuchtes Material in natürlicher Schönheit und Struktur zur vollen Wirkung gelangen. Der Fachmann wird besonders die Zeigabe maßstäblicher und Detailzeichnungen auf besonderen Blättern begrüßen, die das Werk nicht nur als Anschauungsmaterial, sondern zugleich nutzbringend für die Werkstatt erscheinen lassen.

Bücher und Schriften

bezieht der christliche Gewerkschafter durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Gebrauchte Holzbearbeitungsmaschinen

jeder Art vollständig neu hergerichtet ab Werkslager Leipzig ständig abzugeben.

Alfons Heinisch
Ingenieur
Köln-Deutz
Reischplatz 20.

Deutscher Versicherungs-Konzern

Deutsche Lebensversicherung-Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft

Deutsche Feuerversicherung A.-G.

Berlin-Schöneberg (Post Friedenau), Hähnelstr. 15a



Das sind die Vertragsgesellschaften für unsere Mitglieder und deren Angehörige. Versicherungen unbedingt wertbeständig. Vor jedem Abschluß einer Versicherung wende man sich an unsere Verbandsbeamten oder die Geschäftsstellen der Gesellschaften in allen größeren Orten.



Mitarbeiter haupt- und nebenamtlich gesucht

Intarsien jeder Art

Masterbogen gegen 0.50 M.
in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7^{II}